

Ausländer, Asyl- und Flüchtlingsrecht

1. Teil: Ausländerrecht

§ 1 Einführung

1. Regelungszwecke
2. Einschränkung der nationalen Regelungssouveränität
 - 2.1 Unionsrecht
 - 2.2 Völkerrecht
3. Erfasste Personen
4. Regelungsansätze und -felder im Ausländerrecht

§ 2 Literatur

§ 3 Der Erlaubnisvorbehalt für Einreise und Aufenthalt (Visum)

1. Erfordernis eines Aufenthaltstitels
2. Visumpflicht, Visaarten und Visumerteilung
 - 2.1 Visumpflicht und Ausnahmen nach der EG-VisumVO Nr. 539/2001
 - 2.2 Visumarten und Visumerteilung
 - 2.2.1 Entscheidung über Schengen-Visa nach dem EU-Visakodex
 - 2.2.2 Entscheidung über nationale Visa nach § 6 Abs. 3 AufenthG

§ 4 Aufenthaltstitel und Aufenthaltzwecke

1. Die Aufenthaltstitel
 - 1.1 Formelle Voraussetzungen
 - 1.2 Formbedürftigkeit
 - 1.3 Erlöschen des Aufenthaltstitels
2. Die Aufenthaltserlaubnis - Charakteristika
 - 2.1 Befristung
 - 2.2 Nebenbestimmungen
 - 2.3 Gesetzliche Zweckbindung
3. Das Verhältnis der Aufenthaltzwecke zueinander
 - 3.1 Trennungsprinzip
 - 3.2 Kumulation von Aufenthaltstiteln
4. Die Niederlassungserlaubnis

§ 5 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen

1. § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG: Lebensunterhaltssicherung
 - 1.1 Berechnungsmaßstab
 - 1.2 Prognoseentscheidung
 - 1.3 Ausnahme von der Regelerteilungsvoraussetzung im Einzelfall
 - 1.3 Gesetzliche Ausnahmen
2. § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG: Nichtvorliegen eines Ausweisungsgrundes
3. § 5 Abs. 1 Nr. 1a und 4 AufenthG: Geklärte Identität, Passpflicht
4. § 5 Abs. 2 AufenthG: Visumerfordernis
 - 4.1 Erforderliches Visum
 - 4.2 Ausnahmen in § 39 AufenthV
 - 4.3 Absehungsmöglichkeit im Ermessenswege (§ 5 Abs. 2, Abs. 3 S. 2 AufenthG)
5. § 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG: Beeinträchtigung öffentlicher Interessen
6. § 5 Abs. 4 AufenthG: Unterstützung terroristischer Vereinigung

§ 6 Allgemeine Versagungsgründe

1. § 10 AufenthG - (ehemalige) Asylbewerber
2. § 11 AufenthG - Titelerteilungssperre nach Ausweisung/Abschiebung
 - 2.1 Gesetzliche Sperrwirkungen von Ausweisung und Abschiebung
 - 2.2 Befristungsentscheidung

§ 7 Aufenthaltzwecke

1. Ausbildung (§ 16 ff. AufenthG)
 - 1.1 Aufenthaltzwecke
 - 1.2 Kein Wechsel des Aufenthaltzwecks
 - 1.3 Keine Verfestigung des Aufenthaltsrechts
2. Erwerbstätigkeit (§ 18 ff. AufenthG)
3. Völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe (§ 22 ff. AufenthG)
 - 3.1 Aufnahme eines einzelnen Ausländers (§ 22 AufenthG)
 - 3.2 Aufnahme von Ausländergruppen (§ 23 AufenthG)
 - 3.2.1 Rechte *auf* eine Anordnungsentscheidung des BMI?
 - 3.2.1 Rechte *aus* einer Anordnungsentscheidung des BMI?
 - 3.3 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)
 - 3.3.1 Verfahren vor der Härtefallkommission
 - 3.3.2 Entscheidung über den Aufenthaltstitel
 - 3.4 Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)
 - 3.5 Aufenthalt aus humanitären Gründen (§ 25 AufenthG)
 - 3.5.1 Aufenthaltsrechtliche Folgen positiver Asylentscheidungen
 - 3.5.2 Dringende humanitäre Gründe (§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG)
 - 3.5.3 Außergewöhnliche Härte (§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG)
 - 3.5.4 Opfer von Straftaten (§ 25 Abs. 4a und 4b AufenthG)
 - 3.5.5 Unmöglichkeit der Ausreise (§ 25 Abs. 5 AufenthG)
 - 3.5.6 Gut integrierte Jugendliche (§ 25a AufenthG)
 - 3.5.7 Niederlassungserlaubnis (§ 26 Abs. 4 AufenthG)
4. Familiäre Gründe (§ 27 ff. AufenthG)
 - 4.1 Verfassungs-, völker- und europarechtlicher Hintergrund
 - 4.2 Familiäre Lebensgemeinschaft (§ 27 AufenthG)
 - 4.3 Systematik der Familiennachzugsregelungen
 - 4.4 Allgemeine Voraussetzungen
 - 4.4.1 § 5 AufenthG, insbesondere Lebensunterhaltssicherung
 - 4.4.2 Einschränkung bzw. Ausschluss des Familiennachzugs in § 29 Abs. 3 AufenthG
 - 4.5 Ehegattennachzug
 - 4.5.1 Ehegattennachzug zu einem Ausländer (§ 30 AufenthG)
 - 4.5.2 Ehegattennachzug zu einem Deutschen (§ 28 AufenthG)
 - 4.5.3 Verselbständigung (§ 31 AufenthG)
 - 4.6 Kindernachzug
 - 4.6.1 Minderjährigkeit und Ledigkeit
 - 4.6.2 Die Grundregel des § 32 Abs. 1 AufenthG
 - 4.6.3 Einschränkung für Kinder > 16Jahre
 - 4.6.4 Härteklausele (§ 32 Abs. 4 AufenthG)
 - 4.6.5 Verfestigung und Verselbständigung des Aufenthaltsrechts
 - 4.6.6 Niederlassungserlaubnis
 - 4.6.7 Im Bundesgebiet geborenes Kind (§ 33 AufenthG)
 - 4.7 Nachzug der Eltern zu unbegleiteten Minderjährigen (§ 36 Abs. 1 AufenthG)
 - 4.8 Nachzug sonstiger Familienangehöriger (§ 36 Abs. 2 AufenthG)
5. Besondere Aufenthaltsrechte (§ 37 ff. AufenthG)

§ 8 Verwaltungsverfahren

1. Ausländerbehörden
2. Beantragung des Aufenthaltstitels (§ 81 AufenthG)
3. Fiktionswirkung (§ 81 Abs. 3 und 4 AufenthG)
4. Verwaltungsverfahren - Mitwirkungspflichten
5. Die Entscheidung

§ 9 Rechtsschutz gegen die Versagung eines Aufenthaltstitels

1. Verfahren in der Hauptsache
2. Vorläufiger Rechtsschutz

§ 10 Aufenthaltsbeendigung

1. Gesetzliche Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG)
2. Ausweisung (§§ 53 ff. AufenthG)
 - 2.1 Überblick über die Ausweisungsgründe
 - 2.2 Normverknüpfung
 - 2.2.1 Zwingende Ausweisung (§ 53 AufenthG)
 - 2.2.2 Regelausweisung (§ 54 AufenthG)
 - 2.2.3 Ermessensausweisung (§ 55 AufenthG)

§ 11 Die Vollstreckung der Ausreisepflicht (Abschiebung)

1. Vollstreckung der Ausreisepflicht durch Abschiebung
2. Abschiebungsandrohung
3. Prüfung einer Abschiebungsandrohung
 - 3.1 Notwendigkeit des Erlasses einer Abschiebungsandrohung?
 - 3.2 Ausreisepflicht
 - 3.3 Ausreisepflicht gesetzlich vollziehbar?
 - 3.3.1 Rechtliche Notwendigkeit für Erlass der Abschiebungsandrohung?
 - 3.3.2 Fälle der gesetzlichen Vollziehbarkeit
 - 3.4 Ausreisfrist
 - 3.5 Benennung des Abschiebungszielstaates
4. Vollzug der Abschiebung
 - 4.1 Voraussetzungen
 - 4.2 Duldung
5. Kontrollbetrachtung am Maßstab der Rückführungsrichtlinie

§ 12 Rechtsschutz gegen aufenthaltsbeendende Maßnahmen

1. Verfahren in der Hauptsache
 - 1.1 Anfechtung von Ausweisung/Abschiebungsandrohung
 - 2.1 Maßgeblicher Zeitpunkt
 - 3.1 Wirkung stattgebender Entscheidung
2. Vorläufiger Rechtsschutz

§ 13 Abschiebungshaft (Überblick)

1. Richtervorbehalt
2. Haftgründe
3. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen

§ 14 Kostenhaftung

2. Teil: Asyl- und Flüchtlingsrecht

§ 15 Flüchtlingsrecht und allgemeines Ausländerrecht

1. Erfordernis eines Aufenthaltstitels
2. Aufenthaltzwecke
3. Aufenthaltsrechtlicher Regelungsansatz für „Flüchtlinge“: § 25 AufenthG
4. Die vier Schutzvarianten
5. Resümee zum Verhältnis Aufenthaltsgesetz - Asylverfahrensgesetz

§ 16 Das Asylgrundrecht (Art. 16a GG)

1. Entwicklung des Normbestands
2. Überblick über den Schutzbereich der politischen Verfolgung
 - 2.1 Verfolgung
 - 2.2 politisch
 - 2.3 Kausalzusammenhang Verfolgung-Flucht-Asyl
3. Praktischer Bedeutungsverlust

§ 17 Die Flüchtlingsanerkennung (§§ 3 - 3e AsylVfG)

1. Entwicklung des Normbestands
 - 1.1 Die Genfer Flüchtlingskonvention
 - 1.2 Die Europäisierung des Flüchtlingsbegriffs durch die Qualifikationsrichtlinie
2. Der völkerrechtliche, unionsrechtliche und deutsche Flüchtlingsbegriff
3. Der Flüchtlingsbegriff - Voraussetzungen
 - 3.1 Verfolgungshandlung (§ 3a AsylVfG)
 - 3.1.1 Eingriffshandlung
 - 3.1.2 Geschützte Rechtsgüter: Grundlegende Menschenrechte
 - 3.1.3 *Rechtsverletzung*
 - 3.1.4 *Schwerwiegende Verletzung*
 - 3.1.5 Verfolgungs- und Schutzakteure (§ 3c und § 3d AsylVfG)
 - 3.1.6 Kumulation
 - 3.2 Verfolgungsgründe (§ 3b AsylVfG)
 - 3.2.1 Rasse
 - 3.2.2 Religion
 - 3.2.3 Nationalität
 - 3.2.4 Bestimmte soziale Gruppe
 - 3.2.5 Politische Überzeugung
 - 3.3 Vorgehensweise bei der Prüfung
 - 3.3.1 Verfolgung knüpft *unmittelbar* an unverfügbarem Persönlichkeitsmerkmal an
 - 3.3.2 Verfolgung knüpft an der Ausübung eines Menschenrechts (= Handlung) an
 - 3.4 Typische Fallgruppen
 - 3.4.1 Politische Verfolgung
 - 3.4.2 Verfolgung wegen Religionszugehörigkeit
 - 3.4.2 Verfolgung wegen religiöser Betätigung
 - 3.4.3 Verfolgung wegen Homosexualität
 - 3.5 Verfolgungsprognose
 - 3.5.1 Wahrscheinlichkeitsmaßstab
 - 3.5.2 Bedeutung einer festgestellten Vorverfolgung
 - 3.5.3 Methodische Anforderungen an die Stellung einer Verfolgungsprognose
 - 3.6 Individuelle Verfolgung - Gruppenverfolgung
 - 3.6.1 Individuelle Verfolgungsgefahr
 - 3.6.1 Gruppenverfolgung
 - 3.6.2 Voraussetzungen einer Gruppenverfolgung
 - 3.6.3 Fließende Übergänge

- 3.6.4 Landesweite oder regionale Gruppenverfolgung
- 3.7 Keine interne Fluchtalternative
 - 3.7.1 Keine Verfolgungsfurcht
 - 3.7.2 Zumutbarkeit des Aufenthalts
 - 3.7.3 Erreichbarkeit
- 3.8 Nachfluchtgründe
 - 3.8.1 Objektive Nachfluchtattbestände
 - 3.8.2 Subjektive Nachfluchtattbestände
- 4. Der Flüchtlingsbegriff - Ausschlussgründe
 - 4.1 Entwicklung des Normbestands
 - 4.2 Die einzelnen Ausschlussgründe in § 3 Abs. 2 Satz 1 AsylVfG
 - 4.2.1 Kriegsverbrechen etc. (Nr. 1)
 - 4.2.2 Schwere *nicht*politische Straftat (Nr. 2)
 - 4.2.3 Zuwiderhandlung gegen die Ziele der UN (Nr. 3)
 - 4.2.4 Beteiligung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylVfG
 - 4.2.5 Abgesenktes Beweismaß
 - 4.3 Die immanenten Grenzen des Asylgrundrechts
 - 4.3.1 Immanente Grenzen des Asylgrundrechts
 - 4.3.2 Unionsrechtliche Erstreckung der Ausschlussgründe
- 5. Ausschluss von der Flüchtlingsanerkennung
 - 5.1 Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland
 - 5.1.1 Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland
 - 5.1.2 Schwerwiegende Gründe
 - 5.2 Verurteilung zu mindestens dreijähriger Freiheitsstrafe
- 6. Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft
- 7. Familienasyl (§ 26 AsylVfG)

§ 18 Subsidiärer Schutz (§ 4 AsylVfG)

- 1. Entwicklung des Normbestands
- 2. Subsidiärer Schutz - Voraussetzungen
 - 2.1 Todesstrafe
 - 2.2 Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung
 - 2.3 Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt in innerstaatlichem oder internationalen Konflikt
 - 2.3.1 Innerstaatlicher bewaffneter Konflikt
 - 2.3.2 Erhebliche individuelle Gefahr infolge willkürlicher Gewalt
 - 2.3.3 Schadensverursacher
- 3. Subsidiärer Schutz - Ausschluss
- 4. Rechtsfolgen der Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus

§ 19 Die nationalen Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5, 7 AufenthG)

- 1. § 60 Abs. 5 AufenthG
 - 1.1 Art. 3 EMRK
 - 1.1.1 Anwendbarkeit in Abschiebungsfällen auf zielstaatsbezogene Umstände
 - 1.1.2 Behandlung
 - 1.1.3 Rechtsfolge: Absoluter Schutz
 - 1.2 Art. 8 EMRK
- 2. § 60 Abs. 7 AufenthG
 - 2.1 Schutzgüter
 - 2.2 Erhebliche konkrete Gefahr
 - 2.3 Sperrwirkung des Satzes 2 für allgemeine Gefahren
 - 2.4 Durchbrechung der Sperrwirkung